PB.Z-01-235-6

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Thorben Thieme (KV Neuwied)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 234 bis 236 einfügen:
Mitarbeiter*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte, wollen wir gezielt ausbauen. Die Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus soll auch abseits des Geschichtsunterrichts in den Lehrplänen verankert werden.

Begründung

Der Satz „Antisemitismus soll auch abseits des Geschichtsunterrichts in den Lehrplänen verankert werden.“ ist extremst missverständlich, da er buchstäblich aussagt, dass Antisemitismus auch in anderen Fächern neben dem Geschichtsunterricht in der Schule vermittelt werden solle. Genau dagegen lehnen wir GRÜNE uns aber vehement auf. Um auch den letzten Satz des Abschnitts „Unterstützung und Sicherheit für Juden und Jüdinnen in Deutschland“ klar und deutlich zu formulieren, sollte der oben vorgeschlagene Zusatz ergänzt werden.

weitere Antragsteller*innen

Mechthild Schneiders (KV Trier); Susanne Pithan (KV Kaiserslautern); Sonja Daniels (KV Neuwied); Bodo Daniels (KV Neuwied); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Ann-Kathrin Schrepfer (KV Neuwied); Holger Zeise (KV Neuwied); Erich Minderlein (KV Ortenau); Holger Wolf (KV Neuwied); Thomas Steinebach (KV Neuwied); Kerstin Schütte (KV Neuwied); Holger Schweitzer-Schütte (KV Neuwied); Bettina Sagebiel (KV Neuwied); Peter Buchholz (KV Neuwied); Daniela Wolter (KV Ahrweiler); Kerstin Bommersbach (KV Landau); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Anna Belz (KV Ahrweiler); Maximilian Linder (KV Neuwied); Susanne Haller (KV Neuwied); Lars Krüger (KV Herford); Inge Rockenfeller (KV Neuwied)